

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2009137/1

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 07.07.2009 TOP: 2.8
Amt: Ratsbüro	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2009137/1
	Az.:	erstellt am: 11.06.2009

Betreff

Beschluss zur Geschäftsordnung des Stadtrates

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	07.07.2009: Stadtrat	07.07.2009	entspr. prot. Änd.

Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Kurt-Jürgen Zander		29.06.2009

Beschlussentwurf

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt die in Anlage 1 enthaltene Geschäftsordnung.

Gesetzliche Grundlagen:

§ 44 Abs. 3 Ziff. 2 GO LSA

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Der neu gewählte Stadtrat muss sich eine Geschäftsordnung geben. Dies folgt aus § 55 Abs. 1 Satz 1 GO LSA. Die vorgeschlagene Geschäftsordnung entspricht der der Wahlperiode 2004-2009.

Anlagen:

Anlage 1 - Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse der Stadt Köthen (Anhalt)

Anlage 1

Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse der Stadt Köthen (Anhalt)

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) hat auf der Grundlage des § 44 Abs. 3 Nr. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 5.10.93 (GVBL. des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 43 S. 568 vom 11.10.93) sowie auf der Grundlage des Beschlusses über die Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt) vom 22.9.94 folgende Geschäftsordnung am 8.7.1999, geändert am 4.11.1999, beschlossen.

I. DER STADTRAT

§1 EINBERUFUNG

(§ 51 Abs. 4 und 5 GO LSA)

1.

Der Vorstand des Stadtrates lädt die Stadträte des Stadtrates im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister schriftlich unter Mitteilung von Zeit, Ort und der Verhandlungsgegenstände ein. Die für die Verhandlung erforderlichen Unterlagen sind grundsätzlich beizufügen. Die Ladungsfrist beträgt 1 Woche.

2.

Der Stadtrat wird nach Bedarf in der Regel monatlich durch den Vorsitzenden des Stadtrates einberufen. Jeder Tagesordnungspunkt ist grundsätzlich durch eine Sitzungsvorlage vorzubereiten. Die Beschlussempfehlungen der beteiligten Ausschüsse können zur Sitzung nachgereicht werden.

3.

Der Stadtrat muss unverzüglich einberufen werden, wenn der Oberbürgermeister, eine Fraktion oder mindestens ein Viertel der Mitglieder des Stadtrates unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes dies schriftlich beantragen. Auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Stadtrates oder einer Fraktion ist ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Stadtrates zu setzen.

4.

In Notfällen kann der Stadtrat ohne Einhaltung von Ladungsfristen formlos unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen werden. (§ 51 Abs. 4 GO LSA)

5.

Wird das an Jahren älteste Mitglied des Stadtrates zum Vorsitzenden des Rates gewählt, so wird der Vorsitzende durch das an Jahren zweitälteste Mitglied auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet.

§ 2 TEILNAHME AN SITZUNGEN

(§ 52 GO LSA)

1.

Die Stadträte des Stadtrates sind verpflichtet, an allen Sitzungen teilzunehmen und sich in eine Anwesenheitsliste einzutragen.

2.

Diejenigen, die an der Sitzung nicht oder nicht rechtzeitig teilnehmen können, unterrichten das Ratsbüro der Stadtverwaltung vor der Sitzung. Wer eine Sitzung vorzeitig verlässt, teilt dieses dem Vorsitzenden des Stadtrates mit, um die Feststellung der Beschlussfähigkeit zu sichern.

§ 3 TAGESORDNUNG **(§ 51 Abs. 4 u. 5 GO LSA)**

1.
Der Vorsitzende des Stadtrates legt im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister die Tagesordnung unter Mitwirkung des Stadtratsvorstandes fest.
2.
In dringlichen Fällen kann die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des Stadtrates mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stadträte geändert werden.
3.
Jeder Beratungsgegenstand ist deutlich zu kennzeichnen.
4.
Anträge zur Aufnahme in die Tagesordnung sind zu berücksichtigen, wenn sie schriftlich gestellt, unterschrieben und zwei Wochen vor der Sitzung, beim Vorsitzenden des Stadtrates oder im Ratsbüro eingegangen sind. Die Anträge sind mit der Ladung, gegebenenfalls mit dem Nachtrag zur Tagesordnung, den Mitgliedern des Stadtrates bekannt zu geben.
Die Regelungen des § 51 Abs. 5 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt bleiben davon unberührt.
5.
Antragsberechtigt zur Tagesordnung sind:
 - a) alle beschließenden Ausschüsse
 - b) die Fraktionen
 - c) die Stadträte
 - d) der Oberbürgermeister
 - e) die Dezernenten

Für den Ausschuss bzw. die Fraktionen unterzeichnen die jeweiligen Vorsitzenden bzw. Stellvertreter die Anträge.
Dem Oberbürgermeister muss Gelegenheit gegeben werden, zu allen Anträgen eine entsprechende Vorlage mit seiner Beschlussempfehlung zu erarbeiten.
6.
Die Anträge gemäß Abs. 5 müssen eine Begründung enthalten. Anträge, deren Annahme Ausgaben verursachen oder erwarten lassen, die im Haushaltsplan nicht oder nicht ausreichend vorgesehen sind, dürfen nur beraten werden, wenn sie gleichzeitig mit einem Deckungsvorschlag verbunden sind.
7.
Jeder Antrag kann durch den Antragsteller zurückgenommen werden.
8.
In der Sitzung selbst können nur noch Änderungs- oder Ergänzungsanträge und Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden. Solche Anträge bedürfen nicht der Schriftform, jedoch kann der Vorsitzende des Stadtrates zu Änderungs- oder Ergänzungsanträgen die schriftliche Formulierung verlangen.
9.
Anträge, die offensichtlich einer Beratung in Ausschüssen bedürfen, können vom Oberbürgermeister im Einvernehmen mit dem Vorstand des Stadtrates und dem Antragsteller ohne Beschluss des Stadtrates direkt an die entsprechenden Ausschüsse weitergeleitet werden. Er hat davon den Stadtrat im Tagesordnungspunkt Mitteilung des Oberbürgermeisters zu unterrichten.

§ 4 SITZUNGSABLAUF

1.

Zu Beginn jeder Sitzung wird gemäß § 16 Abs. 1 der Hauptsatzung eine Einwohnerfragestunde durchgeführt. Die Einwohner können zu allen gemeindlichen Angelegenheiten Anfragen an den Stadtrat und den Oberbürgermeister richten.

Die Stadträte und der Oberbürgermeister haben, soweit möglich, die Fragen unter Beachtung der Redeordnung aus § 7 Abs. 4 der Geschäftsordnung zu beantworten. Sollte eine sofortige Beantwortung nicht möglich sein, wird die Antwort innerhalb eines Monats dem Anfragenden schriftlich zugeleitet, von demjenigen, an den die Anfrage gerichtet wurde. Themen nichtöffentlicher Tagesordnungspunkte dürfen nicht Inhalt von Anfragen der Einwohnerfragestunde sein. Das gilt grundsätzlich auch für die öffentlich zu behandelnden Tagesordnungspunkte. Über Ausnahmen entscheidet der Stadtratsvorstand.

2.

Die Sitzungen des Stadtrates laufen regelmäßig wie folgt ab:

- a) Eröffnung der Sitzung
- b) Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung
 - Feststellung der Zahl der anwesenden Mitglieder
- c) Genehmigung der Niederschrift der vorangegangenen Sitzung
- d) Mitteilungen des Oberbürgermeisters
- e) Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
- f) Behandlung der Tagesordnungspunkte
- g) Behandlung von Anfragen und Anregungen
- h) Schließung der Sitzung

3.

Der Oberbürgermeister hat zu jeder Sitzung des Stadtrates einen kurzen schriftlichen Bericht vorzulegen, aus dem hervor geht, welche, der in der vorangegangenen Sitzung des Stadtrates gefassten Beschlüsse inzwischen durchgeführt sind und mit welchem Erfolg.

Bei noch nicht durchgeführten Beschlüssen sind die Gründe anzugeben, warum sie noch nicht durchgeführt worden sind und wann sie voraussichtlich durchgeführt werden können.

4.

Die Stadträte, die zu einzelnen Tagesordnungspunkten befangen sind, haben § 30 und § 31 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt zu berücksichtigen. Im Zweifel sollte der Vorstand konsultiert werden.

§ 5 ÖFFENTLICHKEIT DER SITZUNGEN (§ 50 GO LSA)

1.

Die Sitzungen des Stadtrates sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit erfordern.

Über Gegenstände, bei denen diese Voraussetzungen vorliegen, muss nichtöffentlich verhandelt werden. Stadträte und der Oberbürgermeister können für einzelne Angelegenheiten den Ausschluss der Öffentlichkeit beantragen. Über den Antrag wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.

2.

Die Öffentlichkeit ist in der Regel u.a. bei folgenden Gruppen von Angelegenheiten auszuschließen:

- Personalangelegenheiten
- Grundstücksangelegenheiten
- Auftragsvergaben
- Kreditgeschäfte und Bürgschaften
- Rechtsstreitigkeiten der Stadt
- Ausübung des Vorkaufsrechtes

3.

An öffentlichen Sitzungen können Zuhörer unter Ausnutzung der vorhandenen Plätze teilnehmen. Zuhörer sind nicht berechtigt, in Sitzungen das Wort zu ergreifen oder sich selbst an den Verhandlungen zu beteiligen. Für die Presse sind Plätze zu reservieren. Der Vorsitzende des Stadtrates kann Zuhörer, die sich ordnungswidrig verhalten, von der Sitzung ausschließen.

§ 6 SITZUNGSLEITUNG (§ 55 GO LSA)

1.

Der Vorsitzende des Stadtrates leitet, eröffnet und schließt die Sitzungen. Er handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus.

2.

Der Vorsitzende des Stadtrates eröffnet über jeden Gegenstand, der auf der Tagesordnung steht, die Aussprache. Antragsteller erhalten zunächst das Wort.

3.

Ist die Rednerliste erschöpft oder meldet sich niemand zu Wort, erklärt der Vorsitzende die Aussprache für geschlossen und eröffnet die Abstimmung oder Wahl.

§ 7 REDEORDNUNG

1.

Der Vorsitzende des Stadtrates erteilt das Wort. Er bestimmt die Redner nach der Reihenfolge der Wortmeldungen, die durch Handaufhebungen erfolgen.

2.

Der Vorsitzende kann einen Redner, der vom Gegenstand der Beratung abkommt, zur Sache verweisen. Auf diese Verpflichtung kann jeder den Vorsitzenden durch Zuruf hinweisen.

3.

Will der Vorsitzende des Stadtrates selbst zur Sache sprechen, übergibt er den Vorsitz an einen Stellvertreter.

4.

Die Redezeit beträgt für jede Rede 5 Minuten. Das Wort kann zweimal zum gleichen Tagesordnungspunkt dem gleichen Mitglied des Stadtrates für 3 Minuten erteilt werden. Bei der Aussprache über den Haushalt bzw. Nachtragshaushalt erhält jede Fraktion einmalig eine Redezeit von 15 Minuten. Für die weitere Debatte zum Haushalt gilt Satz 1 und 2. Für den Tagesordnungspunkt "Informationen der Verwaltung" gelten die Sätze 1 bis 4 nicht.

5.

Zur Geschäftsordnung ist das Wort jederzeit zu erteilen. Eine Rede darf dadurch nicht unterbrochen werden. Die Redezeit bei der Geschäftsordnungsdebatte beträgt 5 Minuten je Fraktion.

6.

Persönliche Erklärungen sind nach Schluss der Aussprache jedoch vor der Abstimmung gestattet. Diese dürfen keine Bemerkungen zur Sache enthalten, sondern nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen die Person des Redners gerichtet waren oder eigene Ausführungen berichtigen. Sie dürfen nicht länger als 3 Minuten dauern.

7.

Jeder Stadtrat, der nicht zur Sache gesprochen hat, kann einen Antrag auf Schluss der Debatte stellen. In einem solchen Fall wird zunächst die Rednerliste verlesen, dann kann dem Antragsteller das Wort zu einer kurzen Begründung gegeben werden, die nicht länger als 3 Minuten dauern darf. Gegen den Antrag darf nur ein Redner gleichfalls nur 3 Minuten sprechen. Wird der Antrag angenommen, kann nur noch dem Antragsteller gem. § 6 Abs. 2 das Schlusswort erteilt werden.

8.

Auf Antrag und mehrheitlicher Zustimmung der anwesenden Stadträte können auch Gäste zu Tagesordnungspunkten das Wort erhalten.

§ 8 GESCHÄFTSORDNUNGSANTRÄGE

1.

Während der Beratung sind folgende Anträge zur Geschäftsordnung zulässig:

- a) auf Einhaltung der Tagesordnung,
- b) auf Änderung der Reihenfolge der Tagesordnung,
- c) auf Änderung der Beschlussempfehlung,
- d) auf Vertagung oder Aufhebung der Beratung,
- e) auf Unterbrechung mit Angabe der Zeitdauer der Sitzung,
- f) auf Einberufung einer Fraktionsvorsitzenden-Besprechung,
- g) auf Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
- h) auf Abschluss der Rednerlisten,
- i) auf Überweisung an einen Ausschuss oder an den Oberbürgermeister,
- j) auf Schluss der Aussprache und Abstimmung unter Beachtung des § 7 Abs. 7,
- k) auf Nichtbefassung,
- l) auf Anhörung von Personen, insbesondere Sachverständige,
- m) Rücknahme von Anträgen.

2.

Auf Antrag eines Antragsberechtigten kann der Stadtrat beschließen, sich mit einem Antrag in der Sache nicht zu befassen. Bevor ein Nichtbefassungsbeschluss gefasst wird, ist dem Antragsteller Gelegenheit zur Begründung und Erläuterung seines Antrages zu geben. Ein Nichtbefassungsbeschluss ist gefasst mit zwei Drittel Mehrheit der anwesenden Stadträte.

§ 9 ABSTIMMUNG **(§ 54 Abs. 2 GO LSA)**

1.

Der Stadtrat fasst seine Beschlüsse, soweit das Gesetz bzw. die Geschäftsordnung nicht etwas anderes bestimmt, mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

2.

Vor der Abstimmung sind die Anträge zu verlesen. Sie sind so zu stellen, dass sie mit Ja oder Nein beantwortet werden können. Jeder Antragsberechtigte kann die Teilung eines Antrages verlangen.

3.

Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:

- a) Anträge zur Geschäftsordnung,
- b) Anträge von Ausschüssen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Sitzungsgegenstand abzustimmen,
- c) weitergehende Anträge; als weitergehend sind solche Anträge anzusehen, die einen größeren Aufwand erfordern oder eine einschneidendere Maßnahme zum Gegenstand haben,

d) früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter Buchst. a bis c fällt.

In Zweifelsfällen entscheidet der Vorsitzende des Stadtrates.

4.

Nach der Abstimmung gemäß § 9 Abs. 3 ist der gesamte Antrag mit den beschlossenen Änderungen zur Abstimmung zu stellen.

5.

Es wird offen abgestimmt. Die Abstimmung geschieht durch Handaufheben. Der Vorsitzende hat das Ergebnis festzustellen und bekannt zu geben.

6.

Auf Antrag einer Fraktion ist unter Namensnennung abzustimmen. Bei Anträgen zur Geschäftsordnung und auf Schluss der Debatte ist eine namentliche Abstimmung unzulässig.

§ 10 WAHLEN (§ 54 GO LSA)

1.

Wahlen werden geheim mit Stimmzetteln vorgenommen, es kann offen gewählt werden, wenn kein Stadtrat widerspricht. Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder gestimmt hat. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, für die die meisten Stimmen abgegeben worden sind. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das der Vorsitzende des Stadtrates zu ziehen hat.

2.

Gelten spezielle Gesetze, finden diese Anwendung.

3.

Die Stimmzettel sind durch den Vorsitzenden des Stadtrates bereit zu halten. Sie werden verdeckt oder gefaltet abgegeben. Der Vorstand des Stadtrates ermittelt das Wahlergebnis und der Vorsitzende gibt es dem Stadtrat bekannt.

4.

Für die Gültigkeit von Stimmzetteln gelten die Regelungen des Kommunalwahlgesetzes entsprechend.

§ 11 UNTERBRECHUNG UND VERTAGUNG

1.

Der Vorsitzende des Stadtrates kann die Sitzung unterbrechen. Die Unterbrechung soll nicht länger als 15 Minuten dauern.

2.

Nach 22.00 Uhr werden keine weiteren Tagesordnungspunkte aufgerufen. Der in der Beratung befindliche Tagesordnungspunkt wird abschließend behandelt. Danach ist die Sitzung zu schließen. Die restlichen Punkte sind in der nächstfolgenden Sitzung des Stadtrates an vorderer Stelle abzuwickeln.

§ 12 NIEDERSCHRIFT (§ 56 GO LSA)

1.

Der Oberbürgermeister ist dafür verantwortlich, dass für jede Sitzung eine Niederschrift angefertigt wird. Er bestimmt den Protokollführer. Die Niederschrift enthält:

- a) Ort, Tag, Beginn und Schluss der Sitzung
- b) die Namen der anwesenden und die Namen der abwesenden Stadträte
- c) die gestellten Anträge
- d) die wesentlichen Inhalte der Wortbeiträge, sofern der Redner das wünscht und dies von ihm zu Beginn der Ausführungen bekundet wurde
- e) die gefassten Beschlüsse
- f) die Wahl- und Abstimmungsergebnisse
- g) Anfragen und Anregungen der Stadträte
- h) in einem Anhang die Themenkreise, zu denen Bürger Fragen gestellt haben.

2.

Jeder Stadtrat kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie er abgestimmt hat.

3.

Die Niederschrift unterzeichnen der Vorsitzende des Stadtrates, der Oberbürgermeister und der Protokollführer.

4.

Die Niederschrift wird allen Stadträten zugeleitet. Einwände gegen die Niederschrift dürfen sich nur auf die Richtigkeit der Wiedergabe beziehen. Werden gegen die Niederschrift Einwände erhoben, die sich nicht durch Erklärungen des Protokollführers beheben lassen, so entscheidet der Stadtrat.

§ 13 FRAKTIONEN (§ 43 GO LSA)

1.

Die Stadträte können sich zu Fraktionen zusammenschließen, wenn sie derselben Partei, politischen Vereinigung oder politischen Gruppierung angehören. Eine Fraktion kann auch aus Mitgliedern mehrerer Parteien, politischen Vereinigungen oder politischen Gruppierungen gebildet werden. Eine Fraktion muss aus mindestens 2 Mitgliedern des Stadtrates bestehen.

2.

Jede Fraktion teilt ihre Gründung, Bezeichnung, Mitglieder, die Namen des Vorsitzenden der Fraktion und den Stellvertreter sowie Veränderungen und ihre Auflösung dem Vorsitzenden des Stadtrates schriftlich mit.

3.

Stadträte dürfen nur einer Fraktion angehören.

§ 14 BESCHLUSSFÄHIGKEIT (§ 53 GO LSA)

1.

Der Stadtrat ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung der Stadträte, die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist.

Das gleiche gilt, wenn alle Mitglieder anwesend sind und keiner eine Verletzung der Vorschriften über die Einberufung rügt. Der Vorsitzende des Stadtrates stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung jeweils fest.

Der Stadtrat gilt nach dieser Feststellung als beschlussfähig, auch wenn sich die Zahl der anwesenden Mitglieder im Laufe der Sitzung verringert, bis ein Stadtrat die Beschlussunfähigkeit geltend macht.

2.

Zur Beschlussunfähigkeit sind die Regelungen des § 53 Abs. 2 GO LSA zu beachten.

§ 15 ANFRAGEN AN DEN OBERBÜRGERMEISTER (§ 44 Abs. 6 GO LSA)

1.

Jeder Stadtrat ist berechtigt, Anfragen vor oder in der Sitzung des Stadtrates an den Oberbürgermeister zu richten.

2.

Die Anfragen sind schriftlich niederzulegen oder zu Protokoll zu geben. Liegt eine Anfrage bis zum Schluss der Sitzung nicht schriftlich vor oder wurde nicht zu Protokoll gegeben, so besteht die Möglichkeit die schriftliche Fassung innerhalb von 4 Tagen nachzureichen. Erfolgt dies nicht, wird die Anfrage als nicht gestellt behandelt.

3.

Kann auf eine Anfrage nicht sofort geantwortet werden, ist diese spätestens in der nächsten Stadtratssitzung, im Rahmen der Informationen der Verwaltung, zu beantworten. Machen Inhalt und Umstände der Anfrage eine frühere Beantwortung notwendig, ist vorab ein schriftlicher Bescheid zu erteilen.

II. BESCHLIESSENDE AUSSCHÜSSE

§ 16 SITZUNGEN (§ 50 Abs. 3 GO LSA)

1.

Die Sitzungen der beschließenden Ausschüsse sind öffentlich. Für den Ausschluss der Öffentlichkeit gilt § 5 der Geschäftsordnung entsprechend.

2.

Beschlüsse einfacher Art können im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden, wenn kein Mitglied der beschließenden Ausschüsse widerspricht. (§ 52 Abs. 2 GO LSA)

§ 17 ZUSTÄNDIGKEIT

Die Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse werden in der Hauptsatzung der Stadt Köthen (Anhalt) geregelt.

§ 18 VORSITZENDE (§ 47 Abs. 2 GO LSA)

1.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses ist der Oberbürgermeister.

2.

Soweit in der Hauptsatzung festgelegt wurde, dass beschließende Ausschüsse durch Stadträte geleitet werden, steht den Fraktionen der Vorsitz nach dem Höchstzahlverfahren zu.

Die personelle Besetzung wird durch die zugriffsberechtigte Fraktion dem Vorsitzenden des Stadtrates mitgeteilt. Dieser informiert den Stadtrat. Die Fraktionen benennen ebenfalls Stellvertreter.

Bei Abwesenheit des Ausschussvorsitzenden legt dieser rechtzeitig die Vertretung fest.

§ 19 MITGLIEDER

1.

Die Mitgliedschaft der Stadträte in den Ausschüssen regelt sich nach § 46 Abs. 1 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

2.

Die Mitglieder eines Ausschusses oder sonstige Teilnehmer an einer Sitzung dürfen sich außerhalb des Stadtrates und seiner Gremien über Angelegenheiten, die dem Ausschuss zur Behandlung zugewiesen sind, ohne Zustimmung des Ausschusses nicht äußern, bevor der Ausschuss dem Stadtrat berichtet hat oder in der Sache endgültig einen Beschluss gefasst hat.

§ 20 TEILNAHME AN AUSSCHUSSSITZUNGEN

1.

Die Stadträte können an allen Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen, der Oberbürgermeister beratend. Fraktionen, auf die bei der Sitzverteilung kein Sitz für einen Ausschuss entfallen ist, sind berechtigt, ein Mitglied mit beratender Stimme in die beschließenden Ausschüsse zu entsenden.

2.

Können Ausschussmitglieder an einer Sitzung zu der sie geladen sind, nicht teilnehmen, kann die Fraktion von der sie vorgeschlagen wurden, Vertreter mit vollem Stimmrecht in die Sitzung entsenden.

3.

Die Dezernenten der Stadtverwaltung sind berechtigt, an allen Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen und besitzen ein Rederecht. Im Auftrag des Oberbürgermeisters informieren sie die Ausschussmitglieder über wichtige Angelegenheiten der Verwaltung. Sie sind berechtigt, dazu weitere Bedienstete heranzuziehen.

4.

Die Ausschüsse können Sachverständige hören, die nicht Mitglieder des Stadtrates sind.

§ 21 EINBERUFUNG UND LADUNGEN

1.

Zur Sitzung lädt der Vorsitzende des beschließenden Ausschusses im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister entsprechend der Geschäftslage ein, soweit der Oberbürgermeister nicht selbst Vorsitzender ist. Das zuständige Fachamt sichert die Protokollierung ab.

2.

Der Vorsitzende hat einen Ausschuss einzuberufen, wenn mindestens zwei stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses unter Angabe des Beratungsgegenstandes dies fordern.

3.

In dringlichen Fällen kann die Tagesordnung zu Beginn der Sitzung durch Beschluss des jeweiligen Ausschusses mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner stimmberechtigten Mitglieder erweitert werden.

4.

Die durch die Verwaltung erstellten Niederschriften erhalten alle Ausschussmitglieder, Fraktionsvorsitzenden, der Oberbürgermeister, die Dezernenten und das Rechnungsprüfungsamt.

5.

Ist ein Antrag eines Stadtrates vom Stadtrat in einen zuständigen Ausschuss überwiesen worden, so muss zu der betreffenden Ausschusssitzung der Stadtrat eingeladen werden, um den Antrag dort zu

begründen.

6.

Die Einladungen sind spätestens 1 Woche vor der stattfindenden Sitzung den Mitgliedern der Ausschüsse zuzusenden.

7.

Ist ein Mitglied eines beschließenden Ausschusses verhindert an einer Sitzung teilzunehmen, so hat er unverzüglich das Ratsbüro davon in Kenntnis zu setzen und die Vertretung zu sichern.

§ 22 GESCHÄFTSGANG UND VERFAHREN

1.

Ein Ausschuss ist beschlussfähig, wenn nach ordnungsgemäßer Einberufung mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

2.

Der Vorsitzende des Ausschusses stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest.

3.

Die Bestimmungen über das Verfahren des Stadtrates gelten sinngemäß für die Ausschüsse, soweit die Geschäftsordnung nichts anderes bestimmt.

III. BERATENDE AUSSCHÜSSE

§ 23 ZUSTÄNDIGKEIT

1.

Die Zuständigkeit der beratenden Ausschüsse wird beim ständigen Bestehen in der Zuständigkeitsordnung geregelt und bei zeitweilig beratenden Ausschüssen werden die Aufgaben mit Beschluss der Bildung des zeitweilig beratenden Ausschusses definiert.

2.

Der Stadtrat bildet beratende Ausschüsse zur Vorbereitung seiner Verhandlung oder einzelner Verhandlungsgegenstände. Sie werden aus der Mitte des Stadtrates gebildet. In die beratenden Ausschüsse können durch den Stadtrat sachkundige Einwohner widerruflich als Mitglieder berufen werden. Sie sind ehrenamtlich tätig und ihre Zahl darf die der Stadträte in den einzelnen Ausschüssen nicht erreichen.

3.

Sachkundige Einwohner haben beratende Stimmen im Ausschuss. Stadträte und Verwaltungsbedienstete der Stadt bzw. der Verwaltungsgemeinschaft können nicht als sachkundige Einwohner berufen werden.

§ 24 VORSITZENDE

Der Vorsitz der beratenden Ausschüsse regelt sich nach § 18 der Geschäftsordnung des Stadtrates. Bei der Verteilung der Ausschussvorsitze im Zusammenhang mit der Anwendung des Höchstzahlverfahrens sind die bereits vergebenen Vorsitze für beschließende Ausschüsse mit anzurechnen.

§ 25 GESCHÄFTSGANG

Die Verfahrensregeln für beschließende Ausschüsse gelten entsprechend.

§ 26

Personen- und Funktionsbezeichnungen in der Geschäftsordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 27 INKRAFTTRETEN

Die Geschäftsordnung tritt mit ihrer Beschlussfassung in Kraft.